Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig. Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Ulm a./Donau Reitharbstraße 14. Telefon 1442.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/23. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an F. Barnholt, Ulm a. D, Reitharbstr. 14, Tel. 1442. — Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Nummer 27/28. | Ulm a. Donau, den 12. Juli 1918. | 29. Jahrgang

Inhalt: Staatsbürger und Wirtschaftsbürger. — Mühelofer Gewinn. — Der Arbeitsmarkt im Mai 1918. — Die Lohnvereinbarung für das bayer. Sägergewerbe. — Ehrentafel. — Wochenschau. — Soziale Kultur. — Rundschau. Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen. — Neue Teuerungszulage in Groß-Berlin. — Die Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente. — Aus den Ortsvereinen: Ansbach. — Berlin VII. — Fürth. — Kaiserslautern. — Anzeigen.

Staatsbürger und Wirtschaftsbürger.

Von Dr. Heinz Potthoff.

Die politische Entwicklung des letzten Jahrhunderts hat die Massen aus Gebundenheit zu formeller Freiheit, von der Hörigkeit über die Untertanenschaft zum Staatsbürgertum geführt. Die wirtschaftliche Entwicklung ging nun in der Landwirtschaft einen ähnlichen Gang. In Bergbau, Industrie, Handel (Bank, Warenhaus, Versicherungsgesellschaft, Reederei usw.) und in öffentlichen Betrieben (Eisenbahn, Post usw.) war der Weg umgekehrt, er führte zu einer wachsenden Abhängigkeit einer immer größeren Millionenzahl von wenigen, immer mächtigeren, immer enger verbundenen Großbetrieben. Auch die Staatsverwaltungen sind auf sozialem Gebiete noch weit reaktionärer als auf politischem und denken nicht daran, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern im Verwaltungs- oder Wirtschaftsbetriebe die gleichen konstitutionellen Rechte einzuräumen, die ihnen im staatlichen Leben als selbverständlich gewährt geworden sind.

Allerdings waren wir vor dem Kriege noch weit von einer wirklichen Selbstverwaltung des Volkes entfernt. Unser Staat war im Grunde immer noch ein obrigkeitlicher, die Volksvertretung galt den Verwaltungsbürokraten als etwas Fremdes, Störendes. Der Gedanke, daß unsere Parlamente richtunggebend und entscheidend für die Politik sein sollten, wurde als unmöglich, namentlich für die äußere Politik, abgewiesen. Aber selbst die beschränkten Staatsbürgerrechte der deutschen Massen standen vielfach nur auf dem Papier, weil die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit ihnen die Ausübung verkürzte. Was nützt das Wahlrecht, wenn eine dem Arbeitgeber unbequeme Stimmabgabe mit Kündigung „bestraft" wird, die in manchen, kartellierten Industriezweigen längere Erwerbslosigkeit oder den Zwang zur Wanderung, in staatlichen Monopolbetrieben vielleicht die Nötigung zum Berufswechsel bedeutet? Was nützt die Berufung zu öffentlichen Ehrenämtern, wenn der Arbeitgeber nicht den Urlaub zur Ausübung gibt oder das Amt für unvereinbar mit der Arbeitspflicht erklärt.

Die Einführung des Bürgerrechts in das Wirtschaftsleben, in das Dienstverhältnis, hat daher nicht nur soziale, sondern auch staatspolitische Bedeutung. Dabei ist klar, daß jenes in seinem Ausmaße durch den Stand der Verfassung und ihrer tatsächlichen Verwirklichung bedingt wird. Im Grunde sind es zwei Sätze, die für den Staatsbürger anerkannt werden: die Staatsverwaltung erfolgt nicht nach Willkür des Herrschers und seiner Beauftragten, sondern nach fester, gesetzlicher Regel. Und das Gesetz wird nicht nach dem Alleinwillen des Herrschers erlassen, sondern bedarf der Zustimmung der Bürger durch die Volksvertretung. Diese beiden Grundsätze in das Wirtschaftsleben zu übertragen, muß die Hauptaufgabe der konstitutionellen Gestaltung des Arbeitsrechtes sein. Und da der Krieg sowohl in der allgemeinen Erweiterung der Befugnisse der Volksvertretung wie in der Ausbildung des gewerblichen Verfassungslebens kräftige Fortschritte gebracht hat, so ist die Hoffnung berechtigt, daß wir auch für die Friedenszeit auf beiden Gebieten voran kommen werden.

Das Wirtschaftsbürgertum beginnt im einzelnen Großbetriebe mit der Uebertragung der obengenannten zwei Sätze: die Regelung der Arbeitsbedingungen darf nicht nach Willkür des Betriebsleiters, sondern nur nach festen Regeln erfolgen. Und an der Festsetzung dieser Regeln müssen die Arbeitnehmer mitwirken. Das „Gesetz" ist die Arbeitsordnung; die zu ihrer Aufstellung mit berufene „Volksvertretung" ist der Arbeiterausschuß.

Der Erlaß einer Arbeitsordnung ist bisher nur in der Gewerbeordnung und in der Seemannsordnung vorgeschrieben für Betriebe mit mindestens 20 Arbeitern. Aber nur für gewerbliche Betriebe, also nicht für Landwirtschaft, Handel usw.; sie gilt nur für Arbeiter, nicht für Angestellte, mit Ausnahme der offenen Ladengeschäfte, in denen sie nur für die Handlungsgehilfen gilt. Ihr Inhalt ist sehr eng begrenzt; sie braucht nur Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohnzahlung zu enthalten. Die Mitwirkung der Arbeitnehmer beschränkt sich (mit ganz unwesentlichen Ausnahme) darauf, daß den volljährigen Arbeitern Gelegenheit zu geben ist, sich zu ihr zu äußern, ohne daß der Unternehmer in seiner Verfügungsmacht beschränkt ist. Auch in Staatsbetrieben bestehen meist Arbeitsordnungen, aber auch rein autokratische. Hier muß die Forderung erhoben werden, daß in jedem Betriebe mit einer größeren Anzahl gleichartiger Arbeitnehmer eine Arbeitsordnung zu erlassen ist, die alle wesentlichen Arbeitsbedingungen regelt. Und zwar unter Zustimmung der Arbeitnehmer.

Voraussetzung dafür ist, daß in allen Großbetrieben Arbeiterausschüsse und Angestelltenausschüsse bestehen. Bisher waren Arbeiterausschüsse nur im Bergbau, Angestellten- und Beamtenausschüsse nirgends gesetzlich vorgeschrieben. Das Hilfsdienstgesetz hat hier den großen Fortschritt gebracht, daß es in allen Betrieben mit 50 Arbeitern oder Angestellten die Errichtung eines Arbeiter- oder Angestellten-Ausschusses erzwang. Allerdings wieder nur in den Betrieben, für welche die Gewerbeordnung gilt, sowie in denen der Heeres- und Marineverwaltung. Diese Vorschrift muß nicht nur über den Frieden hinaus erhalten, sondern auch auf alle Großbetriebe erweitert werden. Für die Wahl der Ausschußmitglieder können die Bestimmungen des H. D. G. bleiben; aber die Vertrauensmänner bedürfen einer besseren Sicherung gegen Entlassung, zu der das preußische Bergrecht mit der Beschränkung der Kündigungsbefugnis gegenüber den Sicherheitsmännern ein bescheidenes Vorbild gegeben hat. Als Aufgaben des Ausschusses muß zu denen des H. D. G. (Pflege des guten Einvernehmens, Vorbringung von Wünschen, Anbahnung von Einigung bei Streitigkeiten) vor allem die entscheidende Mitwirkung bei der Feststellung der Arbeitsordnung treten.

Aber eine konstitutionelle Regelung der Arbeitsverhältnisse im einzelnen Betriebe genügt den Bedürfnissen nicht. Diese gehen auf gleichmäßige Ordnungen in ganzen Gewerbezweigen. Und auch hier sind die konstitutionellen Mittel bereits vorhanden; die Gesetzgebung braucht sie nur zu fördern. Hier heißt das Gesetz „Tarifvertrag" und die Volksvertretung „Arbeitskammer".

Schon aus dieser Zusammennennung ergibt sich, wie zweckmäßig es wäre, beide Einrichtungen in Verbindung mit einander zu bringen. Es ist ein großer Fehler, daß das nicht geschehen ist und auch nach der neuen Vorlage über Arbeitskammern nicht geschehen soll. Der Tarifvertrag oder besser: Arbeitsnormenvertrag hat sich ganz ohne staatliche Förderung aus dem Bedürfnis entwickelt. Es ist ein Mittel nicht nur der Selbstverwaltung des Gewerbes an sich, das hier unabhängig vom Gesetz die Arbeitsbedingungen für weite Bezirke des Wirtschaftslebens regelt, sondern auch Mittel des Wirtschaftsbürgertums, das den Organisationen der Arbeitnehmer die Mitentscheidung über diese Bedingungen sichert, an Stelle der Unternehmerwillkür die vertragsmäßige Regel setzt.

Die Vorteile der festen, dauernden Regelung der Arbeitsbedingungen für beide Parteien, für den Staat und für den ungestörten Fortgang der Wirtschaft sind bekannt. Eine der Hauptschwierigkeiten ist stets die Feststellung, in welchem Umfange und in welchem Maße die vereinbarten Normen für die im ganzen Gewerbe abzuschließenden Arbeitsverträge verbindlich, „unabdingbar" sind. Von der Rechtsprechung ist die Unabdingbarkeit nicht anerkannt; durch Einzelvertrag kann die Norm durchbrochen werden. Es besteht aber ein hohes soziales Interesse an der absoluten Geltung dieser Norm für alle Arbeitsverträge. Deswegen sollte den Arbeitskammern die Befugnis erteilt werden, unter gewissen Bedingungen einen Tarifvertrag für bestimmte Gebiete als allgemein verbindlich zu erklären.

Das wäre ein Stück Rechtsförderung von großer Fruchtbarkeit. Ueberhaupt werden die neuen Arbeitskammern erst dann ihren Zweck ganz erfüllen, wenn man diese paritätischen von einem unparteiischen Beamten geleiteten, Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer systematisch dahin ausgestaltete, daß sie der staatlichen Gesetzgebung und Gewerbeverwaltung einen Teil ihrer Aufgaben abnehmen, damit an Stelle der Bureaukratie die Selbstverwaltung der Beteiligten und zugleich an Stelle der bisherigen Unternehmermacht die Gleichberechtigung aller am Arbeitsverhältnis Beteiligten steht. Die Arbeitskammern können u. müssen ein wichtiges Instrument für die Verwirklichung des Wirtschaftsbürgertums werden.

Mühelofer Gewinn.

Von E. Siegert-Berlin.

Wenn von mühelosem Gewinn die Rede ist, denkt man unwillkürlich zunächst an Kriegswucherer, Nahrungsmittelschieber, Kettenhändler und ähnliche liebliche Gestalten, denen jeder anständige Bürgersmann sicher einen längeren Aufenthalt in gewissen staatlichen Instituten hinter sog. „schwedischen Gardinen" wünscht, wenn ihn seine Abneigung gegen dieses Gesindel nicht gar auf den frommen Wunsch kommen läßt, die zur Zeit so vielen „kopflosen" Laternenpfähle mit ihnen zu zieren. — Das zeigt, daß man allgemein diejenigen Personen, die sich durch mühelosen Gewinn bereichern, verachtet; nur zieht man die Grenzen darüber, was man unter mühelosen Gewinn versteht, bewußt oder unbewußt viel zu eng.

Ein altes Sprichwort sagt: „Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen." Hier scheint es aber gerade umgekehrt der Fall zu sein. Man hängt zwar die großen Spitzbuben auch nicht, dazu ist man in Deutschland viel zu kultiviert, wenn auch unsere lieben Vettern im Westen das Gegenteil behaupten, aber man regt sich auf, schimpft über die Gemeinheit usw. — und das tut sicher mancher mit, der selbst seit vielen Jahre Gewinne einsteckt, für die er nicht einen Finger krumm gemacht hat.

Die Zahl dieser Leute geht in die Hunderttausende, denn es sind alle diejenigen, die bis heute noch nicht den Weg zu der Organisation gefunden haben, die aber recht gern die von diesen errungenen Vorteile mit genießen und es als ganz selbstverständlich finden, den sehr oft unter schweren Opfern erkämpften höheren Lohn als mühelosen Gewinn mit in die Tasche zu stecken. Das war in Friedenszeiten so, jetzt während des Krieges ist es sogar in erhöhtem Maße der Fall.

Als bei Ausbruch des Krieges die allgemeine Arbeitslosigkeit einsetzte und dadurch die große Gefahr auftauchte, daß die Löhne allgemein herabgesetzt würden, da waren es die Organisationen, die sich mit Erfolg bemühten, dies zu verhindern. Die vordem mit vieler Mühe und unter großen Opfern zustande gebrachten tariflichen Abmachungen über Lohnhöhe usw. wurden nicht nur aufrechterhalten, sondern noch verbessert.

Es wurden verschiedentlich Teuerungszulagen durchgeführt, in fortlaufender Folge mit der zunehmenden Teuerung erhöht, die allen Berufsangehörigen zu Gute kommen, gleichviel ob organisiert oder nicht. Die Organisierten haben ein Recht darauf, sie haben sich ja vereinigt zum Zwecke der Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie zahlen hierfür regelmäßig Beiträge und bringen sonst noch Opfer durch Zeit und Arbeit für die Organisation. Die Unorganisierten kennen alle diese Opfer nicht, sie streichen die Lohn- und Teuerungszulagen von jährlich hunderten von Mark ruhig ein. — Es ist ein müheloser Gewinn im vollsten Sinne des Wortes. Sie stehen deshalb auf einer Stufe mit den von ihnen verachteten eingangs erwähnten „Ehrenmännern" und wissen es vielleicht gar nicht — oder doch?

Das wäre noch schlimmer.

Ein großer Teil weiß es, muß es wissen. Das sind diejenigen, die bei Ausbruch des Krieges „fahnenflüchtig" wurden, d. h. der Organisation den Rücken kehrten mit dem Hinweis darauf, daß ihnen während des Krieges die Organisation doch nichts nützen könne. Also, der krasseste Egoismus hat sie zur Organisation geführt, in dem Augenblick, wo die Vorteile nicht direkt mit der Hand zu greifen sind, verlassen sie dieselbe.

Die irrige Auffassung, daß die Organisationen während des Kriegse nichts schaffen können, ist durch die Ereignisse längst widerlegt worden, gerade in der schweren Kriegszeit haben die Organisationen bewiesen, welch ungeheuren Wert sie haben für die gesamet Nation. Das ist allgemein anerkannt worden. Nur diejenigen wollen es nicht anerkennen, die wohl die Früchte mit genießen, aber nichts dafür ausgeben wollen.

Wie lächerlich gering sind die Opfer für die Organisation im Vergleich zu dem Gewinn durch dieselbe.

Die Mitglieder der Organisation leisten nur einen Bruchteil an Pfennigen als Beitrag wöchentlich, welcher sich vielfältig an den erzielten Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen verzinst, außer den günstigen Anwartschaften auf die geschaffenen Unterstützungseinrichtungen der Organisation.

Die vielen Außenstehenden scheuen aber auch noch diesen geringen Betrag, sie hamstern die vollen Zulagen ein ohne jede Gegenleistung. Ist das nicht geradezu empörend? Sind diese Außenseiter etwa besser wie die Kriegswucherer und dergleichen? Sind sie nicht ebenso zu behandeln wie diese edlen Seelen, die sich durch mühelosen Gewinn bereichern?

Ohne Frage ist das Gebahren auf das schärfste zu verurteilen und kaum ein Milderungsgrund ins Feld zu führen. Es sei denn, daß man eine gewisse „Unkenntnis" gelten lassen will.

Schön, wenn wir also Milde walten lassen und Unkenntnis der Verhältnisse als vorliegend erachten, dann ist es die verdammte Pflicht und Schuldigkeit aller Mitglieder, diese Unkenntnis mit allen erlaubten Mitteln auszuroden. Das kann nicht schwer halten.

Bei dem gerade durch den Krieg geschaffenen einwandfreien Beweismaterial über die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Berufsorganisation, bei den klar auf der Hand liegenden (fast wörtlich zu nehmen) Vorteilen derselben, muß es den Mitgliedern geradezu Vergnügen machen, die Unorganisierten für die Sache zu interessieren und ihnen vor Augen zu führen, welch großes Unrecht sie begehen, wenn sie noch länger außerhalb stehen und das Odium auf sich laden, zu der Sorte Menschen zu gehören, die mühelosen Gewinn für sich einheimsen.

Aber das nicht allein. Es ist nicht ausgeschlossen, sondern sehr wahrscheinlich, daß man nach dem Kriege versuchen wird, die Errungenschaften der Organisationen zu schmälern. Das

wird harte Mühe aufwenden, und bei diesen Kämpfen sind die unorganisierten Arbeiter zu der erbärmlichsten Rolle ausersehen, die man einem Menschen nur zumuten kann. Sie sollen gegen ihre eigenen Arbeitsbrüder in den Kampf geführt werden. Die Unternehmer wissen, daß die Unorganisierten keinen Rückhalt haben und bauen auf deren Arbeitswilligkeit unter Versprechungen, die man schließlich nicht zu halten braucht, weil eben der Einzelne zu schwach ist, sie zu erzwingen. So ist es immer gewesen, so wird es auch in Zukunft bleiben, wenn nicht die Zahl der Unorganisierten bis auf das kleinste Maß herabgedrückt wird.

Gerade jetzt in der schweren Zeit des Krieges ist auf so vielen Gebieten eine vollständige Einmütigkeit erreicht, die verschiedensten Kreise und Stände sind einander näher gebracht worden, auch die Organisationen der Arbeiter haben sich bei aller sonstigen Verschiedenheit ihrer Anschauungen vielfach zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden — nur diejenigen stehen fern, die wohl ernten, aber nicht säen wollen.

Helfe jeder durch unermüdliche Aufklärung ihre Zahl zu vermindern, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Es wird dies einige Mühe verursachen, im Interesse der Organisation dürfen wir jedoch aber nicht scheuen, denn wir verachten ja jeden mühelosen Gewinn.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1918.

Die deutsche Industrie hatte im Mai 1918 eine ebenso rege Tätigkeit zu verzeichnen wie im April, wesentliche Aenderungen gegenüber den Vormonaten sind nicht eingetreten. Die Leistungsfähigkeit der Industrie blieb den an sie gestellten Anforderungen gewachsen. Die Beschäftigung hielt sich auch dem Vorjahr gegenüber zumeist auf derselben Höhe. Da die Verkehrsverhältnisse sich in einzelnen Gebieten günstiger gestalteten, so konnten einige kriegswichtige Gewerbezweige ihre Umsätze weiter erhöhen.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen die am 1. Juni in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum Anfang Mai eine Zunahme um insgesamt 6309 Beschäftigte oder 0,6 v. H. erkennen. Beteiligt an dieser geringfügigen Zunahme ist sowohl das weibliche wie das männliche Geschlecht; die Zahl der männlichen hat um 2599, die der weiblichen um 3710 zugenommen.

Nach den Feststellungen von 32 Fachverbänden, die für 1 192 964 Mitglieder berichten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende Mai 9638 oder 0,8 v. H. wie im April d. Js. Im Vergleich zum Mai der vier vorhergehenden Jahre ist die Arbeitslosenziffer nicht unwesentlich gesunken, sie stand im Mai 1917 auf 1,0 und hatte 1915 2,9 v. H. betragen. Auch in der Friedenszeit, Mai 1914, war die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, nämlich 2,8 v. H.

Die Berichte aus den wesentlichen Zweigen der Holzindustrie für den Monat Mai lauten zumeist zufriedenstellend, wenn auch das Geschäft z. T. wie in den Sägewerken meist ruhig war. Die Möbelindustrie hatte zumeist gut zu tun, ebenso die Jalousie- und die Holzpflasterfabriken. Der Geschäftsgang in den Faßfabriken war gleichfalls befriedigend, es wird zum Teil über Arbeitermangel geklagt. Die Korbwarenindustrie hatte gut zu tun, teilweise war das Geschäft besser als im Vormonat und im Mai des Vorjahres, dagegen war in der Schirmindustrie das Geschäft vielfach schlechter als im Vormonat.

Unter 98 026 Mitgliedern, für die berichtet wurde von drei Verbänden im Holzgewerbe, wurden an Arbeitslosen 603 oder 0,6 v. H. gegenüber 0,6 v. H. im Vorjahre festgestellt. Die Nachweisungen der an das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Arbeitsnachweise ergaben, daß auf 100 offene Stellen im Holzgewerbe an Arbeitsgesuchen entfielen:

	männliche		weibliche	
	1917	1918	1917	1918
im März . .	57	44	106	73
im April . .	51	50	76	87
im Mai . .	44	49	80	85

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im Mai lassen für Ostpreußen, Posen und Mecklenburg-Schwerin ungefähr dasselbe Bild wie im Vormonat erkennen. In Berlin und der Provinz Brandenburg stieg die Nachfrage nach Tischlern für Einheitsmöbel. Im Königreich Sachsen hielt die Steigerung der Nachfrage nach Tischlern an. Die Erledigung der Aufträge war nur in geringem Umfange möglich. In den zum Verbande der Thüringer Staaten gehörenden Arbeitsnachweisen war für Holzarbeiter nicht besonderes zu melden, ebenso nichts von Pommern und Westpreußen. In Schlesien machte sich eine erhöhte Nachfrage nach Böttchern, Stellmachern und Tischlern bemerkbar, auch im Bereich des 10. Armeekorps Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schaumburg-Lippe fehlte es in der Holzindustrie an Facharbeitern. Besonders in Bremen war die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Holzindustrie stark, vor allem in der Möbeltischlerei, wo ein großer Teil der offenen Stellen nicht besetzt werden konnte. In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck erfuhren die günstigen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Holzindustrie für Schreiner, Drechsler und Bodenleger eine weitere Steigerung. Maschinenarbeiter waren häufiger vertreten. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe von Westfalen ließ Nachfrage und Angebot nach. Reichliche Arbeitsgelegenheit war dagegen im Rheinland im Holz- und Baugewerbe für Facharbeiter vorhanden. An Arbeitskräften im Holzgewerbe von Bayern fehlte es in vielen Orten. Auch in München und Nürnberg waren Schreiner sehr gesucht. Die Bleistift-Industrie litt unter dem Mangel an wichtigen Rohstoffen, auch fehlte es ihr an Arbeitskräften. Auch die Korb-Industrie braucht eine bessere Versorgung mit Weiden. In Württemberg machte die für Arbeitsuchende günstige Marktlage weitere Fortschritte. In Baden war für Schreiner und Küfer an den größeren Plätzen immer Arbeitsgelegenheit. Ebenfalls waren Zimmerleute sehr gesucht. Ein Mangel an Schreinern und Wagnern herrschte auch in Elsaß-Lothringen.

Die Lohnvereinbarung für das bayer. Sägergewerbe

die nach langwierigen Verhandlungen im März d. Js. zustande kam und allen Arbeitern und Arbeiterinnen eine Lohnerhöhung brachte, sieht auf den 1. August d. Js. eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pfg. in den ersten drei Tarifklassen und 3 Pfg. in den beiden letzten vor für alle Arbeiter über 18 Jahren. Die Mindestlöhne müssen dementsprechend vom 1. August 1918 an betragen.

für Gatter-, Bauholz-, Kreis- u. Spalt-	Lohnklasse:				
	I	II	III	IV	V
säger, für Sägenfeiler u. Maschinisten an Kraftmaschinen	100	90	85	78	73 ₰
für alle übrigen Säger u. Maschinenarbeiter	95	85	80	73	68 „
für Hilfsarbeiter im Werk u. auf dem Platze	90	80	75	68	63 „
für alle Arbeiterinnen über 18 Jahre .	60	55	50	49	45 „
für Arbeiter von 16 bis 18 Jahren .	55	50	45	44	39 „
für Arbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren	50	45	40	39	34 „

Das sollen die Mindeststundenlöhne, keineswegs aber die Höchstlöhne sein. Wo die Arbeiter schon länger gut organisiert waren, werden sie diese Löhne überschreiten, da die weitere Teuerungszulage auch dann zu gewähren ist, wenn der Mindestlohn erreicht ist.

Am 1. August 1918 muß die in der ersten und zweiten Lohnklasse über 57 Wochenstunden, in der 3. und 4. Lohnklasse über 59 Wochenstunden und in der 5. Lohnklasse über 60 Wochenstunden betragende Arbeitszeit als Ueberstunde bezahlt werden und zwar mit 15 Pfg. pro Stunde in der 1. und 2. Klasse, in den anderen Klassen mit 10 Pfg. An den Samstagen muß in allen Betrieben spätestens um 5 Uhr Arbeitsschluß sein.

Wollen die Sägwerksarbeiter jetzt und erst recht nach dem Kriege das Erreichte hochhalten und ausbauen, dann sollte auch der letzte Arbeiter und jede Arbeiterin im Betriebe treu zur Organisation halten. Für Leute, die sich feige drücken ihre Organisationspflichten zu erfüllen, ist kein Platz mehr unter den denkenden Arbeitern. Fort mit den Schädlingen jeden Fortschritts! Sie sollten sich schämen unter anständigen Menschen sich sehen zu lassen, wenn sie dem Ruf nicht folgen: Holzarbeiter organisiert Euch!

Ehrentafel

für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Holzarbeiter des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands.

Auf dem Felde der Ehre gefallen.

Kurt Jahn, Mitglied im Ortsverein Schmölln, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse und der Altenburger Tapferkeitsmedaille ist am 12. Juni fürs Vaterland gefallen.

Hermann Karschner, Sergeant und Waffenmeister, Mitglied im Ortsverein Freiburg, hat am 11. Juni durch eine Fliegerbombe den Tod gefunden.

Ehre ihrem Andenken!

Auszeichnung:

Friedrich Appel, Arbeitersekretär und Mitglied im Ortsverein Bromberg, erhielt das Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

Wochenschau

vom 10. Juni bis 7. Juli 1918.

Nach dem Abschluß der Prüfungen betrug die Zahl der seit Beginn der Angriffsschlacht im Westen, vom 21. März bis 1. Juli 1918 bisher über unsere Sammelstelle abgeführten Gefangenen (ausschließlich der durch die Krankenanstalten zurückgeführten Verwundeten) 191 454. Davon haben die Engländer 94 939, die Franzosen 89 099 verloren. Von den Schlachtfeldern wurden bisher 2476 Geschütze und 15 024 Maschinengewehre zurückgeführt.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat die Heeresgruppe Eichhorn in einem neuen Kampf gegen russische Banden einen großen Erfolg errungen. Etwa 10 000 Mann waren an der Nordküste des Asow'schen Meeres in der Miuß-Buch gelandet und gedachten, zum Angriff auf Taganrog vorgehend, die Ukraine von neuem mit Raub und Plünderung heimzusuchen. Die deutschen Truppen haben diese Absicht vereitelt.

An der italienischen Front haben die österreichisch-ungarischen Truppen am 15. Juli einen Vorstoß auf breiter Front unternommen. Die Erfolge, die sie anfänglich zu erringen vermochten, konnten sie aber auf die Dauer nicht halten, veranlaßt durch eine Reihe von ungünstigen Umständen. Das hat zu übermütigen Jubelrufen in Italien geführt, die aber man lieber unterlassen sollte. Man darf den Tag nicht vor dem Abend loben.

An der Palästinafront hielt sich die Gefechtstätigkeit in mäßigen Grenzen. Zum Flankenschutz ihrer im Kaukasus stehenden Truppen haben die Türken beiderseits des Urmiasees Fuß gefaßt und Täbris besetzt, angesichts des Vordringens der Engländer in Persien eine gebotene Maßnahme.

An der mazedonischen Front sind meist nur Kämpfe von Erkundigungsabteilungen, wenn auch der Feind oft stärkere Anstrengungen macht.

In der Ukraine arbeitet die neue Regierung des Hetman Skoropadski eifrig an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Die Sachlichkeit ihrer Maßnahmen verspricht Erfolg ihrer Bestrebungen trotz den Versuchen der Entente, auch dort weiteren Unfrieden zu stiften. In Kiew ist eine russisch-ukrainische Friedenskonferenz zusammengetreten, welche die noch schwebenden Grenzfragen und die künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Ukraine und Großrußland regeln soll. Ein Waffenstillstand hat den offenen Feindseligkeiten inzwischen ein Ende gemacht.

Im Murman-Gebiet ist die Entente — vor allem England — bemüht, ihren Einfluß auf die Murman-Bahn und in den nördlichen Gouvernements zu vergrößern. Die Ausbildung der finnischen und russischen Rotgardisten durch englische Offiziere sowie die Transporte von englischen Artilleriematerial und Personal von der Murman-Küste nach Süden beweisen das Bestreben Englands, sich im Murmangebiet eine unter seiner Führung stehende Truppe zu schaffen. Die Maßnahme ist nicht zuletzt auch gegen Finnland gerichtet.

In den letzten Wochen wird viel von einer Schwächung der Regierungsmacht des Sovjets in Großrußland gesprochen und geschrieben. Die Truppen der Roten Armee scheinen sich tatsächlich nicht überall als zuverlässig erwiesen zu haben. Für den Versuch der Untergrabung der Macht der Bolschewiki kommen hauptsächlich zwei Gründe in Betracht. Einmal arbeitet die Entente mit einer lebhaften Agitation gegen sie, sodann wird von der breiten Bevölkerung immer mehr diesen die Schuld an den Ernährungsschwierigkeiten und der Zerfahrenheit des Transportwesens zugeschoben. Die Regierung kann sich aber noch auf die Lettenformationen als zuverlässige militärische Truppen stützen; diese halten die Ordnung in Moskau aufrecht. Sie wurden auch zur Niederwerfung des Tschechenaufstandes entsandt. Die am 31. Mai ausgesprochene Mobilmachung der Arbeiter soll praktische Wirkungen weder in Petersburg und Moskau, noch auf dem Lande gehabt haben.

In der Krim ist General Sulkjewitsch dabei, eine nationale Regierung aus Tataren, Russen und Deutschen zu bilden.

„Soziale Kultur".

Vortrag, gehalten auf dem Kongresse freiheitlich-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände zu Berlin, 28. April 1918, von Universitäts-Professor Dr. Adolf Günther.

(Schluß.)

Leitsatz 6. Die sozialpolitischen Folgerungen knüpfen an die Organisation als einen der wichtigsten Träger Sozialer Kultur an, halten aber die freie Entfaltung individuell persönlicher Kräfte für nicht weniger wichtig; ein klares Organisationsrecht, zu dem gegenwärtig Grundlagen gelegt werden. Ordnung der Verteilung und des Arbeitsvertrags. Ausbau des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung und, nach dem Kriege, der internationalen Beziehungen auf diesen Gebieten stehen im Vordergrund.

Leitsatz 7. Die wirtschaftspolitischen Folgerungen umfassen zunächst die Pflege des inneren Marktes und den Konsumentenschutz; daneben verlangt die Soziale Kultur in ihrer wirtschaftlichen Ausprägung eine berufliche Erziehung, welche Qualitätsarbeit, Arbeits- und Verantwortungsfreudigkeit und damit die Stellung deutscher Arbeit in der Bedarfsdeckung, in der Binnen- und Weltwirtschaft verbürgt.

Diese Sätze bedürfen nur kurzer Begründung. Die in ihnen angedeuteten Fragen sind ja in Fluß. Man wird es, um einige Einzelheiten zu streifen, nicht unbedingt glücklich finden, wenn in den Arbeitskammern Organe für Verhandlungen geschaffen werden, bevor noch ein Tarifvertragsrecht besteht und solange nicht einmal der Absatz 2 des § 152 G.O. aufgehoben ist. Angesichts der ungeheuren Einkommensverschiebung im Kriege liegt ferner die Gefahr plutokratischer Entwicklung in Deutschland nicht fern; die technisch durchaus nicht zu verurteilende Konzentration und die für steuerliche Zwecke erfolgende Monopolbildung legt die Gefahr der Abhängigkeit des mit den Unternehmern in gemischten Betrieben zusammenarbeitenden Staates nahe. Hier kann nur großzügige Arbeitnehmer- und Konsumentenpolitik helfen, die ihre Einseitigkeit verlieren wird, wenn sie im Sinn eines früheren Leitsatzes den außenpolitischen Fragen zugewandt bleibt.

Wer von der hohen Warte „Sozialer Kultur" aus diese Fragen besprechen soll, wird an einem Punkte nicht vorbeigehen können, der von den Berufsvereinen ein besonderes Maß von politischer — d. h. das Volk als ganzes berücksichtigender — Besonnenheit und Reife verlangt. Unzweifelhaft hat die Einkommensgliederung im Kriege auch innerhalb der Arbeitnehmer sehr große Ungleichheiten geschaffen. In manchen von Kriegsaufträgen beglückten Industrien werden recht hohe Arbeitslöhne verdient, während die Angestellten in oft sehr geringem Maße an der Verbesserung Teil haben. Praktisch bedeutet die Minderheit gut Verdienender eine Erschwerung der Gewerkschafts- und Verbandspolitik schon deshalb, weil manche der Gutgestellten den Rückhalt am Verband wenigstens zeitweilig nicht mehr nötig zu haben glauben. Darüber hinaus verlangt die Durchsetzung sozialer Kultur auch seitens der Verbände eine Rücksichtnahme auf die Schlechtergestellten, auch wenn sie anderen Berufen angehören. Wenn nun auch im allgemeinen die Abgleichung der Lohn- und Gehaltsverhältnisse nach dem Kriege mehr in Richtung der höheren als der niedrigen Einkommen erfolgen soll, so wird der außenpolitische und weltwirtschaftlich orientierte Gewerkschafts-Politiker doch angesichts der Konkurrenzfähigkeit gewisse Grenzen der Lohnsteigerung sehen.

Nicht weniger schwierige Fragen sozialen und kulturellen Inhalts wird die gewerbliche Frauenfrage zeitigen. Wenn sich ferner in der neuen Gruppe der deutschen Arbeitnehmerschaft Angestellte und Arbeiter zusammenfanden und damit, vorbehaltlich der besonderen Aufgaben, eine Linie reiner Arbeitnehmerpolitik geschaffen wurde, so liegt darin schon eine teilweise Verwirklichung der eben erhobenen Forderung sozialer Gerechtigkeit. Auch von diesem Punkte scheint durch den Kongreß ein Stück sozialer Kultur verwirklicht werden zu sollen.

Von hier aus kann sehr wohl eine Verständigung über sozial- und wirtschaftspolitische Zusammenhänge erfolgen. Erwägt man gleichzeitig, daß der wirtschaftliche Ausdruck für Lebenshaltung der innere Markt ist, der die Kriegswirtschaft aufrecht erhalten hat, so wird mancher heute noch vorhandene Gegensatz zurücktreten können. Nicht weniger hat die Berufstätigkeit ein doppeltes Gepräge; und wer im Sinn des Leitsatzes 7 eine Berufserziehung wünscht, die Qualitätsarbeit und Arbeitsfreudigkeit anstrebt, der verficht damit ebenso das soziale, für eine möglichst große Zahl zu erreichende Ideal der entwickelten Persönlichkeit wie das wirtschaftliche Ziel größtmöglicher Steigerung der Produktivität.

Freilich muß die Soziale Kultur im Sinne politischer Freiheit Grundlage bleiben. Von hier aus ist für das patriachalische Wohlfahrtssystem kein Raum mehr. Nicht als ob man ihm an sich eine bestimmte „Soziale Kultur" absprechen wollte. Aber sie besteht nur, solange der Arbeitnehmer dem Werk angehört. Verläßt er es freiwillig oder gezwungen, so steht er isoliert, sehr häufig aller Anlehnung beraubt; und nach zahlreichen, heute wohl zumeist gemilderten Bestimmungen der Werkswohnungen, Pensionskassen, Konsumanstalten

Zwischen Ural und dem Kaspischen Meer erreichten Ural- und Orenburg-Kosaken im Kampf gegen Bolschewiki die Gegend von Samara. Im Donkosakengebiet hat der frühere russische General Krasnow als Hetmann der Donkosaken eine selbständige Donregierung gebildet. Im Süden des Dongebietes haben sich die Kubankosaken mit den Resten der Kornilow-Truppen unter General Domikin vereinigt und Verbindung mit Krasnow aufgenommen. Im westlichen Kubangebiet leistet eine bolschewistische Schwarzmeer-Kuban-Ratsregierung den Kuban- und Taman-Kosaken erfolgreichen Widerstand.

Die Lage im Kaukasus ist noch nicht geklärt, in Sibirien hat eine mit Unterstützung der Entente gebildete Gegenregierung durch Truppen des Kosakenführers Somjonow die nördliche Mandschurei besetzt und Vorstöße nach russisch Ostsibirien unternommen. Ein Vordringen längs der sibirischen Bahn in Richtung Tschita wurde von Sovjet-Truppen vereitelt.

Tschechisch-slowakische Verbände, die im Abtransport von Großrußland nach Wladiwostok und weiter nach Frankreich waren, kämpften teilweise auf seiten Semjonows gegen die Sovjet-Truppen und stören besonders die Transporte auf der sibirischen Bahn. Ueberall finden wir die Machenschaften der Entente, welche in größerem Umfange die Gegenrevolutionäre unterstützt und ihr wichtig erscheinende Gebiete für sich einfach beschlagnahmt.

Aus Moskau kommt soeben die Nachricht von der Ermordung des deutschen Gesandten Grafen Mirbach. Die Tat, die nicht ungesühnt bleiben kann, soll von Links-Sozialrevolutionären ausgeführt worden sein und das Signal zu einer Gegenrevolution bedeuten. Ob das Gerücht von der Ermordung des Exzaren Nikolaus sich doch noch bestätigt, bleibt abzuwarten.

Es wird berichtet, daß die Sovjetregierung wegen des Erscheinens japanischer Truppen bei Tschita eine Sitzung abgehalten habe. Falls die Japaner und Engländer eine Besetzung russischen Gebietes beabsichtigen, würde sich die Sovjetregierung Deutschland anschließen.

Im Monat April sind 652 000 und im Monat Mai 614 000 Bruttoregistertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelsschiffsraums durch unsere Unterseeboote vernichtet worden. Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelsschiffraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund 17 730 000 Bruttoregistertonnen verringert worden. Hiervon sind rund 10 828 000 Br.R.T. allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Im Monat Mai beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 23 Fesselballons und 413 Flugzeuge, von denen 223 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen abgestürzt sind. Wir haben im Kampf 180 Flugzeuge und 28 Fesselballons verloren.

Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe in Deutschland stellt sich nun nach Ablauf der Feldzeichnungsfrist am 18. Mai auf 15 100 425 400 Mark. Jetzt ist dem Reichstag eine neue Vorlage zugegangen um Bewilligung eines weiteren Kredits von 15 Milliarden Mark.

Der Bau des Vierbundes ist in der letzten Zeit auf seine Festigkeit hin geprüft worden. In Bulgarien mußte aus innerpolitischen Gründen der seitherige Ministerpräsident Radoslawow zurücktreten und dem Führer der Opposition Malinow Platz machen, weil es dort Leute gab, die weitergehende Wünsche hatten beim rumänischen Friedensvertrag als sich erfüllen ließ. Bei den Meinungsverschiedenheiten über Grenzfragen zwischen Bulgarien und der Türkei — deren Herrscher Sultan Mehmet V. am 3. Juli starb — wird Deutschland der ehrliche Vermittler zwischen beiden sein müssen.

In Oesterreich wollen sich die politischen Wogen nur schwer glätten. Das Kabinett Seidler hatte schon seine Demission eingereicht, doch nach vergeblichen Versuchen des Ackerbauministers Grafen Silva Tarouca mußte Dr. v. Seidler wieder im Amte bleiben und sein Glück versuchen. Da die Ernährungsschwierigkeiten in Oesterreich noch größer sind als bei uns, so belasten sie die innere Politik mit dem Streit der Nationalitäten schwer.

Zwischen Ungarn und Deutschland schob sich ein Mißverständnis als Vizekanzler von Payer kürzlich einem österreichischen Schriftsteller gegenüber die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft in allgemeinen Ausdrücken betonte. Doch das Bündnis mit Deutschland wird dadurch nicht gelockert werden, weil ein Ausgleich zwischen der politischen Selbständigkeit und wirtschaftlichen Unabhängigkeit einerseits und der notwendigen wirtschaftlichen Interessengemeinschaft leicht wird finden lassen.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist nun auf beiden Seiten anerkannt, auch ist ein deutsch-finnisches Wirtschaftsabkommen zustande gekommen, wonach wir nach Finnland Steinkohlen, Koks, Salz, Benzin, Farbstoff, Eisen- und Stahlwaren und vor allem landwirtschaftliche Maschinen liefern, während wir aus Finnland Kupferkies, Teer, Asphalt, Holzpappe, Zellulose, Holzwolle und andere Produkte erhalten sollen.

Eine Flut von Reden feindlicher Staatsmänner haben wir dieser Tage wieder aus England, Frankreich und Amerika hören müssen, die immer noch auf den alten Ton gestimmt sind.

Auf dem Sozialistenkongreß in London traten nacheinander die „Friedensminister" Vandervelde, Branting und Kerenski als Redner auf, die als auswärtige Gäste sich mit den englischen Arbeiterführern darüber einig waren, daß dieser Krieg nur mit einer Niederlage Deutschlands enden könne. Eine Abkehr von der Kriegspolitik der englischen Regierung scheint nach den Reden, die dort gehalten sein sollen, auch der gefaßte Beschluß über die Aufhebung des politischen Burgfrieden nicht zu bringen.

Bei uns in Deutschland hat der „Fall Kühlmann" die Gemüter wieder beschäftigt. Nicht sein Prozeß gegen einige Alldeutsche, der das Gericht beschäftigt, sondern wegen seiner Rede, die er im Reichstage hielt. Der Sinn derselben war, daß ein deutscher Sieg zwar die Feinde zum Frieden geneigt machen müsse, daß aber mit Waffengewalt allein ein Frieden von Dauer nicht erreicht werden könnte, sondern daß dazu eine gegenseitige Verständigung nötig sei. Damit sprach der Staatssekretär nur aus, was Wahrheit bleiben wird, trotz allem Geschrei der alldeutschen Kreise. Auch die Reden die anläßlich des 30jährigen Regierungsjubiläums des deutschen Kaisers im Großen Hauptquartier am 15. Juni gehalten wurden, ändern diese Sachlage nicht. Es ist keine Beeinträchtigung des Siegeswillens des deutschen Volkes, wenn man die Wahrheit nicht verschleiert.

Die 4. und 5. Lesung der preußischen Wahlrechtsvorlage hat den Gang genommen, den man voraussehen konnte. Das gleiche Wahlrecht wurde mit dem alten Stimmenverhältnis abgelehnt. Nun soll die Vorlage an das Herrenhaus gehen, während sich die Abgeordnetenkammer vom 12. Juli bis 20. September vertagen soll. Da das Herrenhaus an der Vorlage erhebliche Aenderungen nicht vornehmen wird, ist die Auflösung des preußischen Landtags unvermeidlich. Oder sucht man wieder nach neuen Mitteln, um dies Fangballspiel mit den Volksinteressen fortsetzen zu können? Man mache sich rechtzeitig klar, was für Folgen dies alles haben kann.

Die Arbeitskammervorlage wird im Ausschuß weiter beraten. Auf Grund von weiteren Auseinandersetzungen mit der Regierung hat am 25. Juni der entscheidende § 1 der Vorlage entsprechend einem Antrage der Abg. Hitze folgende Fassung erhalten: Zur Wahrung der gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden Arbeitskammern errichtet. Die Arbeitskammern sind rechtsfähig. Sie sollen in der Regel für den Bezirk einer oder mehrerer Verwaltungsbehörden errichtet werden. Soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, können für einzelne oder mehrere verwandte Gewerbezweige oder für bestimmte Arten von Betrieben besondere Arbeitskammern auf fachlicher Grundlage errichtet werden, sofern sich die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für die Errichtung erklären. Zur Wahrnehmung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer werden in den Arbeitskammern und in den zu bildenden Abteilungen besondere Arbeitnehmerabteilungen errichtet; deren Mitglieder sind die von den Arbeitnehmern gewählten Vertreter. In dem Geltungsbereich der Arbeitskammern wurden die Seeleute und Landarbeiter einbezogen, wobei der Syndikus der Deutschen Gewerkvereine, Abg. Weinhausen, sich sehr um die Interessen dieser Arbeiterschicht annahm.

In den Jubiläumskreis der deutschen Gewerkschaften ist am 1. Juli auch der deutsche Holzarbeiterverband getreten, der als Nachfolger der sozialdemokratischen „Holzarbeiter-Gewerkschaft", an diesem Tage auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken konnte und deshalb sein Organ in schönem Gewande als Festnummer erschien. Wir werden anläßlich des 50jährigen Gründungsjubiläums unserer Gewerkvereinsbewegung noch darauf zurückkommen, welche Gegensätze es in der deutschen Arbeiterbewegung zu beseitigen und zu überbrücken gab, bis man die geschichtlichen Ursachen und Gründe der Existenz der einzelnen „Richtungen" anerkannte und in Arbeitsgemeinschaften brüderlich zusammenwirkte zur Förderung der allgemeinen Arbeiterinteressen, unter Achtung der ehrlichen Ueberzeugung des Nebenkollegen.

Vi.

Rundschau.

Die Freie Vereinigung der Holzindustriellen

zu Berlin hat in einer außerordentlichen Generalversammlung am 6. Juni im Lehrervereinshaus nach eingehender Erörterung beschlossen:

„Die Mitgliederbeiträge werden von 20 Pfg. pro Woche und Arbeiter auf 40 Pfg. pro Woche und Arbeiter vom 1. Juli 1918 ab erhöht; ebenso wird die Streikentschädigung von 1 ℳ auf 2 ℳ pro Tag und Arbeiter erhöht."

Diesen Beschluß sollten auch unsre Kollegen beachten, denn er zeigt, daß die Arbeitgeber auch ihre Organisation leistungsfähig gestalten wollen, um im Falle von Lohnbewegungen gerüstet zu sein. Daraus sollen auch die Arbeiter lernen.

Neue Teuerungszulage in Groß-Berlin.

Die Holzarbeiter in Groß-Berlin waren neuerdings unter Geltendmachung des stetig wachsenden Anziehens der Preise für alle Lebens- und Bedarfsmittel an die Arbeitgeber mit der Forderung auf Gewährung einer neuen Teuerungszulage herangetreten. Die in der letzten Zeit daraufhin gepflogenen Verhandlungen hatten die Einsetzung einer Kommission von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zur Folge gehabt. In dieser sind die Vertreter nach längeren Verhandlungen und mehrfachen Sitzungen dahin übereingekommen, ihren beiderseitigen Auftraggebern folgende Vereinbarung zu empfehlen.

Zu dem bestehenden Vertrage der Berliner Holzindustrie vom 15. Februar 1918 wird zwischen den Parteien in Anbetracht der eingetretenen Teuerungsverhältnisse folgende weitere Kriegsteuerungszulage vereinbart:

Auf die bestehenden Löhne wird eine Teuerungszulage von 15 Pfg. pro Stunde und beschäftigten Arbeiter, der dem Vertrage untersteht, vom 1. Juli d. J. an — und eine weitere Teuerungszulage von 10 Pfg. pro Stunde und nach dem Vertrage beschäftigten Arbeiter vom 15. August d. Js. an gezahlt.

Wo seit dem 1. Mai d. Js. Zulagen gewährt werden, dürfen diese aufgerechnet werden. Höhere gemachte Zulagen bleiben bestehen.

Bis zum Ablauf des Vertrages, also bis zum 15. Februar 1919, dürfen neue Teuerungszulagen nicht gefordert werden, wenn keine weitere erhebliche Teuerung eintritt.

Die Stockbranche wird noch besonders verhandeln.

Die Empfänger von Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente

bedürfen zur Abhebung ihrer regelmäßig monatlichen Rentenbeträge bei der Post nicht mehr alle Monate der behördlichen Beglaubigung, sondern nur noch alle Vierteljahre und zwar je am letzten Monat des Vierteljahres, also nächstesmal am 1. September (nicht am 1. Juli), dann am 1. Dezember, 1. März und 1. Juni. Das Reichsversicherungsamt hat diese Erleichterung durch Runderlaß vom 7./10. Juni ausgesprochen.

Aus den Ortsvereinen.

Ansbach. Innerhalb 2 Monaten hat unser Ortsverein den Verlust dreier Mitglieder durch den Tod zu beklagen. Als erster erlag unser Kollege Friedrich Hilperth einer langen, mit Geduld ertragenen heimtückischen Krankheit im besten Mannesalter von 29 Jahren. Ihm folgte die Ehefrau unseres Kollegen Poller, 46 Jahre alt. Ein tragisches Geschick für unseren lieben treuen Kollegen, der erst acht Tage vom Militär entlassen, kurz nach seiner Rückkehr von schweren Kriegsstrapazen, seine Gattin verlor. Als dritter verstarb der Kollegenveteran Georg Popp im Alter von 70 Jahren. Dieser Kollege gehörte über 38 Jahre unserem Ortsverein an. Stets im Interess unserer Sache bemüht, hat er, ehe ihm seine Kräfte verließen und er jahrelang auf das Krankenlager gezwungen war, keine Veranstaltung und keine Versammlung versäumt. Ein Kollege, ein Gewerkvereiner, wie er sein soll. Unsere Kollegen werden der Verstorbenen stets in Ehren gedenken

K. Mönch, Kassier.

Berlin VII. Modell- und Fabriktischler. In unserer letzten Branchen-Versammlung, welche trotz des schlechten Wetters gut besucht war, hatten wir eine kleine Feier. Galt es doch an diesem Tage, dem Kollegen Wilhelm Hintz, welcher am 6. Juni 1918 auf eine 30jährige Mitgliedschaft

---

usw. hatte er noch starke materielle Einbußen. Der freie Arbeitsvertrag ist unvereinbar mit jenem System, das allenfalls in Familienbetrieben, nicht aber in der heute vorherrschenden vergesellschafteten Unternehmung bestehen konnte. Der Gedanke Sozialer Kultur in unserem Sinne verlangt Verzichte auch seitens jener Arbeiter, die in Wohlfahrsbetrieben oder in Anlehnung an gelbe Gewerkschaften besondere materielle Vorteile genießen, zu Gunsten der Allgemeinheit. Daß das nicht zum Zurückdrängen individuell-persönlicher Fähigkeiten führen darf, hat schon Leitsatz 7 ausgesprochen.

Leitsatz 8. Nach den mannigfachen unsozialen und demoralisierenden Begleiterscheinungen des mit Opfersinn und Tatkraft durchgehaltenen Krieges ist die Einbürgerung Sozialer Kultur dringende Forderung bereits der Uebergangszeit. Die Lösung der politischen Grundfragen, der schwierigen Arbeitsmarkt- und Wohnungsverhältnisse nach Demobilmachung und der Ausgestaltung der Fürsorge für die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen der Gefallenen ist ein Gradmesser für unsere soziale Kultur.

Leitsatz 9. „Soziale Kultur" wird da am wenigsten zu finden sein, wo man erklärt, sie gepachtet zu haben. Die verschiedenen politischen und sozialen Strömungen in unserem Volke, vor allem auch in der unabhängigen Arbeiter- und Angestelltenbewegung, begründet in der Geschichte und in einer starken Empfänglichkeit für sittliche und theoretische Werte, können sehr wohl gleichzeitig am Ausbau des Staates im Sinne Sozialer Kultur arbeiten, die auf Bewegung und Kampf der Geister beruht, aber unter Wahrung der nationalen und sozialen Gemeinbürgerschaft.

Die kulturellen Aufgaben der Uebergangszeit konnten in Vorstehendem nur angedeutet werden. Wir wissen alle, daß sehr viel abgebaut werden muß, was im Kriege vielleicht noch hingenommen werden konnte. Hier wird sich die Arbeitnehmerschaft nicht nur unter sich eins wissen, sondern sich der öffentlichen Forderung anschließen. Arbeitsmarkt, Wohnungsfrage, Fürsorge für die Kriegsverletzten, innere Kolonisation steht voran. Nur der letztgenannte Punkt, der ja durch das Kapitalabfindungsgesetz in nahe Beziehungen zu den Kriegsinvaliden gerückt wird, erheischt noch einige Worte. Hier wird die Arbeitnehmerbewegung den ihr eigenen Boden verlassen und zu agrarischen Fragen Stellung nehmen müssen. Das hat sie im übrigen nur in der Landarbeiterfrage getan und hier eine einmütige Meinung geäußert. Etwas schwieriger liegt die Sache angesichts des großen Umkreises landwirtschaftlicher Fragen, der mit der inneren Kolonisation verbunden ist.

Wer sich hierbei von der Forderung sozialer Kultur leiten läßt, wird unschwer den bevölkerungspolitischen Einschlag der inneren Kolonisation wahrnehmen und hieraus seinen Standpunkt gewinnen. Aber auch hier kann ein Verzicht verlangt werden; denn die Ansässigmachung von Arbeitern oder Angestellten wird, wenn anders sie den Zweck der Selbständigmachung, der Schaffung kleiner landwirtschaftlicher Unternehmer verfolgt, den sozialen Verbänden Mitglieder entfremden. Eine unbefangene Arbeitnehmerbewegung wird auch nicht daran denken, die ganz anders gearteten Zustände der Industrie auf das Land zu übertragen. Hat sich doch auch in sozialdemokratischen Kreisen dagegen Opposition geltend gemacht. Der Verzicht wird dem Gewerkschaftler erleichtert werden angesichts der aus der Seßhaftmachung folgenden Entlastung des gewerblichen Arbeitsmarktes; und so sehr vorhin einer Ueberspannung zünftlerischen Grundsatzes entgegengetreten wurde, so sehr mag er doch innerhalb seiner Grenzen Geltung behalten.

Der letzte Leitsatz wendet sich gegen die Beanspruchung eines kulturellen Monopols durch einzelne Gruppen. Auf die Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Nebeneinanderbestehens verschiedener Gruppen und entgegengesetzter Weltanschauungen ist wiederholt aufmerksam gemacht worden. Nur darf es zu keinem neuen Kulturkampf kommen im Sinne der Austragung durch polizeiliche Mittel. Sozialismus, christliche, freiheitlich-nationale Anschauung können gleichzeitig bestehen und sich gegebenenfalls auch durchdringen, das zeigt schon ihre Verständigung in einem großen Volksbunde. Insbesondere eine einseitige Inanspruchnahme des Begriffes „National" liegt uns unbedingt fern; er hat wie schon erwähnt, im Rahmen der national-freiheitlichen Bewegung durchaus keine, andere Richtungen ausschließende Bedeutung.

Die schweren Erschütterungen des Krieges können nicht verkannt werden. Dennoch soll man bestimmte optimistische Gesichtspunkte gelten lassen. Was auch der Krieg für das Gefüge des deutschen Volkes durch die unmittelbaren Verluste, die dadurch bewirkte Aenderung der Geschlechtsverteilung und des Alteraufbaues, ferner durch qualitative Einbußen, durch Verlust beruflichen Könnens, durch Einkommensverschiebung usw. bedeutet, der Vergleich mit ähnlich elementaren Ereignissen der Vergangenheit bleibt deshalb unmöglich, weil früheren Zeiten nicht die Organisierbarkeit und der Restaurationswille eigen war, welch beide wir heute besitzen. An Anteil zu haben an diesen aufbauenden Werten, die zugleich Ergebnis und Bedingung Sozialer Kultur sind, wird das Streben jeder sozialen Gruppe, nicht zuletzt der Arbeiterbewegung auf national-freiheitlichem Boden sein müssen.

im Gewerkverein der Holzarbeiter zurückblicken konnte, durch einer kleine Blumenspende, und durch ein Diplom zu ehren. Der Vorsitzende, Kollege Keissel, gedachte in warmen Worten der Verdienste dieses Kollgen. Er ist 1888 in Elbing eingetreten, war Mitbegründer unseres Ortsvereins hierselbst, und hat seine ganze Kraft (auch mehrere Jahre als Kassierer) für unsere gute Sache und im Interesse unserer Kollegen eingesetzt. Möge er noch lange Jahre unserer Branche erhalten bleiben, und mögen sich die jüngeren Kollegen daran ein Beispiel nehmen, daß es nicht damit getan ist, wenn man mit knapper Not seinen Beitrag zahlt. Es heißt hier, sich auch als Gewerkvereiner betätigen. Sei es im öffentlichen Leben, durch fleißigen Besuch der Versammlungen, und auch besonders in der Werkstätte. Möge ein Jeder seinen Teil dazu beitragen, unsere Lage zu verbessern. Besonders in der jetzigen schweren Zeit, müssen wir fester als je zusammenstehen, und ein jeder sich in der Agitation betätigen. Damit, wenn nach Friedensschluß unsere Kollegen aus dem Felde heimkehren, wir sagen können, wir haben alle unsere Pflicht getan.

Sodann noch den Kollegen zur Kenntnis, daß der Unterzeichnete für die Sommermonate als stellv. Kassierer gewählt worden ist, da der Koll. Markert im Sommer in Fredersdorf wohnt und somit verhindert ist. Die Kollegen, welche ihre Beiträge mit der Post einsenden, mögen dies in Zukunft (mit Bestellgeld 5 Pfg.) an meine Adresse, Ruppinerstr. 30[1], besorgen. Zur Branchen-Versammlung wird, um Porto zu sparen, nicht mehr schriftlich eingeladen, ein jeder Kollege hat sich nach seinem Versammlungskalender zu richten, und trotzdem pünktlich und regelmäßig zur Versammlung zu erscheinen. Georg Gerner, Schriftführer.

Fürth (Bayern). Am Samstag den 22. Juni fand im „Bergbräu" eine Versammlung unseres Ortsvereins der Holzarbeiter statt, in der Arbeitersekretär Winter-Nürnberg auf Wunsch der Kollegen einen Vortrag hielt über „Soziale Fragen". Er kam dabei auch auf die herrschende Wohnungsnot und die Ursachen derselben zu sprechen. Die städtischen Behörden sind auch hier an die Hausbesitzer herangetreten, Dachgeschosse und Werkstätten umzubauen zu Wohnungen, nötigenfalls mit Zuschüssen der Stadt. Ferner behandelte er die Fragen der Uebergangswirtschaft und betonte eingehend die Notwendigkeit einer fleißigen Agitationsarbeit. Jeder Kollege muß alles aufbieten, um neue Mitglieder zu werben und möglich ist es, einen Erfolg zu erzielen, wenn jeder seine Schuldigkeit tut. Fort mit aller Lauheit und Gleichgültigkeit. Auch die Frauen und die Jugend muß für uns gewonnen werden. Reicher Beifall dankte dem Redner und der Vorsitzende Kollege Ruppert schloß gegen 11 Uhr abends die Versammlung mit dem Wunsche, daß ein jeder nicht bloß Hörer des Worts, sondern auch Täter desselben sein solle.
Georg Treu, Schriftführer.

Kaiserslautern. Der Gewerkverein der Holzarbeiter (Hirsch-Duncker) Ortsverein Kaiserslautern hielt am Sonntag, den 23. Juni, im Vereinslokal Fuchs, Wiesenstraße, eine Mitgliederversammlung ab, in der Bezirksleiter Arbeitersekretär Barnholt aus Ulm über das Thema „Gemeinsame Förderung des Gewerbes durch die Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter in der Holzindustie" sprach. Er schilderte, wie gerade die Kriegszeit gezeigt habe, von welchem staatserhaltenden Wert die Arbeiterorganisationen sind. Selbst bis in die höchsten Regierungskreise hinein habe man ihre Bedeutung erkannt und auch die Militärbehörden arbeiten mit den Arbeiterführern gemeinsam an den vaterländischen Aufgaben dieser schweren Zeit. Zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter sind während des Kriegs zwar nicht die natürlichen Schranken der Interessengegensätze beseitigt, doch habe man den alten Grundsatz der Gewerkvereine anerkannt, daß es auch weite Gebiete gibt, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich zu gemeinsamer Arbeit zum Nutzen des Gewerbes zusammenfinden müssen und können. Es wurden früher viele, zum Teil langwierige und für beide Teile opferreiche Kämpfe geführt, bis die Erkenntnis sich durchsetzte, daß durch eine friedliche Verständigung viele Opfer erspart werden könnten. Die Frucht dieser Erkenntnis war die Inangriffnahme der Tarifpolitik. Das wachsende Verständnis für den Wert des Tarifvertrages führte dazu, daß es sich immer weitere Gebiete eroberte. Nicht nur die Zahl der Orte mehrte sich, in denen die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt waren, auch der sachliche Geltungsbereich der Verträge wurde erweitert. Es wurden immer mehr Fagen, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter betreffen, geordnet. Auch als Arbeiter erkennen wir an, daß eine Arbeiterorganisation nützlich ist. Nur muß jeder Arbeiter auch den Wert seiner Berufsorganisation erkennen und den Beitritt zu dieser nicht versäumen. Erst dann, wenn beide Teile gut organisiert sind, kann eine fruchtbringende Arbeit geleistet werden zum Wohle des gesamten Holzgewerbes. Eingehend wurde betont, wie die Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter im Holzgewerbe während des Krieges bemüht waren, die gemeinsamen Gewerbsinteressen zu fördern. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, das Lehrlingswesen, die Arbeitsvermittlung, die Wiederbeschäftigung kriegsbeschädigter Holzarbeiter, haben die Zentralvorstände ebenso beraten, wie die Hochhaltung der Tarifverträge und die Gewährung von Teuerungszulagen. Arbeitszeit und Arbeitslohn sei in einer Vereinbarung geregelt und 6 Tarifklassen für das gesamte deutsche Holzgewerbe eingeführt, in welche die einzelnen Orte und Städte eingereiht würden. Der bayerische Sägertarifvertrag habe 5 Klassen, von denen 4 für die Rheinpfalz in Betracht kommen und Kaiserslautern selbst zur Klasse II gehöre. Die Rücksicht auf die anderen Arbeitgeber gebiete, daß man überall für die strikte Durchführung der Vertragsbestimmungen sorge. Erhalten die Arbeiter die festgelegten Löhne nicht, so sei es oft ihre eigene Schuld, weil sie zu gleichgültig gegen ihre Organisationen seien. darum solle kein Holzarbeiter seiner Organisation fern bleiben. Der gewerbliche Frieden wäre am besten gesichert durch starke Organisationen, die sich ihrer Bedeutung, aber auch ihrer Verantwortung bewußt wären. Die Einigkeit der Arbeiterschaft müsse durch ein gutes Zusammenarbeiten der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen gewährleistet werden. Der Gewerkverein der Holzarbeiter habe sich redlich bemüht, mitzuhelfen an der Verbesserung der Arbeiterlage, habe für einen geringen Beitrag Unterstützungseinrichtungen geschaffen, die in allen Notlagen helfend eingreifen. Jedem freiheitlich-national gesinnten Holzarbeiter dürfe man mit gutem Gewissen empfehlen, als Mitglied einzutreten. Ein jeder Arbeiter solle es für unwürdig halten, ohne Opfer sich an den Erfolgen der organisierten Arbeiterschaft zu bereichern. Die Einsicht sollte bei jedem denkenden Arbeiter vorhanden sein. Ein sozialgesinnter Arbeitgeber kann kein Feind dieser Bestrebungen sein, weil die Organisation die Grundlage für eine gemeinsame Förderung des Gewerbes ist. Was die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter im Holzgewerbe gemeinsam geleistet haben, darf sich sehen lassen. Je mehr Arbeiter der Organisation beitreten, desto mehr schützen sie das Tarifgebäude, in dem das Gewerbe gut geborgen sein soll.

Sterbetafel.

In den Monaten April bis einschließl. Juni 1918 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrollen-Nr. der Verstorbenen	Name der Verstorbenen	Name des Ortsvereins	Gezahltes Sterbegeld Ortskasse M.	Zentralkasse M.	Gesamtsumme M.
4731	Carl Kerber	Stralsund	—	75	90
128	Klara Liehr	Breslau	—	—	144
3640 b	Marie Jung	Naumburg	—	—	144
2483	Lorenz Back	Fürth	50	75	—
11855	Helene Kunzmann	Schmölln	—	85	180
391	Therese Brehme	Naumburg	—	—	180
10492	Friedrich Hilperth	Ansbach	50	55	180
1510	Johann Mann	Cüstrin	60	55	—
369	Elisabeth Fritz	Mannheim	—	—	180
4252	Herm. Grundmann	Schweidnitz	60	55	90
2066	Wilh. Steinwerth	Duisburg	60	—	—
10862	A. v. Düren	Veert b. Geldern	60	75	—
Krk. 409	Johann Burkhardt	Nürnberg I	—	75	—
611	Marie Blümel	Zeitz	—	—	90
2163	August Hüpler	Elbing	60	55	—
4615	Ferdinand Adam	Stolp	60	55	—
17	Mathilde Klinger	Berlin II	—	—	144
3406	Otto Fach	Liegnitz	60	55	—
58 b	Margarethe Poller	Ansbach	—	—	144
2482	Hermann Gautlitz	Fürth	50	75	90
30	Georg Popp	Ansbach	60	75	90
3668	Heinr. Schulz	Neu-Ruppin	60	75	—
265	Carl Hußmann	Berlin I	60	125	90
		Summe:	750	1015	1836

Ruhet in Frieden!

Berlin, den 1. Juli 1918.

M. Schumacher.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 28. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Zuschuß-Kranken-Unterstützungs- und Begräbniskasse

des

Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands

Jedes Gewerkvereinsmitglied kann aufgenommen werden.

In der I Stufe bis zu 55 Jahren ohne ärztl. Untersuchung
II „ „ „ 50 „ „ „ „
III „ „ „ 45 „ „ „ „
IV u. V „ „ „ 45 „ mit „ „

Der Wochenbeitrag beträgt in
Stufe I 10 Pfg.
II 21 „
III 33 „
IV 45 „
V 57 „

Das Krankengeld beträgt in
Stufe I pro Tag —.50 Mk.
II „ „ —.80 „
III „ „ 1.25 „
IV „ „ 1.70 „
V „ „ 2.15 „

Außerdem wird ein Begräbnisgeld in den einzelnen Stufen gezahlt von
Mk. 20.—
„ 35.—
„ 55.—
„ 75.—
„ 95.—.

Die Kasse untersteht dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung. Der Reservefonds hat die gesetzliche Höhe bereits überschritten und ist deshalb der Beitritt allen Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen.

! Kollegen werbet Mitglieder für unsern Gewerkverein !

Nachruf.

In den letzten schweren Kämpfen im Westen wurde uns abermals ein treues Mitglied entrissen.

Kurt Jahn,

Inhaber des Eisernen Kreuzes und der Altenburger Tapferkeits-Medaille,

mußte am 12. Juni durch einschlagende Granate im Alter von 24 Jahren sein Leben dem Vaterlande opfern.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.

Schmölln, 1. Juli 1918.

Ortsverein der Holzarbeiter Schmölln S.-A.

Erfinderrecht

Handbuch, 290 Seiten, in Leinen gebd. 5.— Mark.

Es enthält die Patent-, Musterschutz- und Warenzeichen-Gesetze, bezügliche Erläuterungen, alle Bekanntmachungen und Verordnungen des Patentamts, die Einteilung der Warenklassen usw. usw.

Prospekt kostenfrei.

Friedrich Huth's Verlag, Charlottenburg 4,
Kaiser Friedrich-Straße 53.

Dirschau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Gera (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Gewerkvereinskollegen wird ausbezahlt bei Wagener, Steinweg 4.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Beuchel, Steizners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen, welche hier keinen Ortsverein haben, erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer J. Michael, Freiburgerstraße 11-13.

Biberach a. Riß. Herberge im „Roten Ochsen", Unterstützung von 1 M. bei Martini, Hirschbergstraße 18.

Gelsenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei **W. Mauer,** Josefstr. 39.

Der Gewerkverein der Holzarbeiter Deutschlands

bezweckt den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen seiner Mitglieder auf dem gesetzlichen Wege der freien Berufsorganisation. Namentlich erstrebt er die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse insbesondere des Lohnes und der Arbeitszeit, wirksamen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit, Fürsorge für alle Notlagen des Arbeiterlebens und angemessene Vertretung gegenüber dem Unternehmertum und dem Staate.

Für den Beitrag von 50 Pf. pro Woche wird gewährt:

1. Rechtsschutz in gewerblichen Klagesachen, auch freie Vertretung vor Gericht.
2. Streik-, Aussperrungs- und Maßregelungsunterstützung bis 18 M. pro Woche, je nach der Dauer der Mitgliedschaft.
3. Arbeitslosen-Unterstützung in der Höhe von 6 bis 12 M. pro Woche je nach der Dauer der Mitgliedschaft. Höchstsumme 120 M. im Jahre.
4. Wander- und Reiseunterstützung von 2½ Pfg. pro km bis 1000 km.
5. Uebersiedlungsbeihilfe von 10 bis 50 M. je nach Dauer der Mitgliedschaft. Außerdem für die Frau und jedes Kind von 10 bis 14 Jahren 2 Pfg., und für jedes Kind von 4 bis 10 Jahren 1 Pfg. pro km.
6. Eine Begräbnisbeihilfe von 25 M. steigend bis 60 M.
7. Kostenlose Vertretung in Invaliden-, Hinterbliebenen- und Unfallsachen, selbst vor dem Reichsversicherungsamt in Berlin.
8. Die Gewerkvereinszeitung „Die Eiche" erhalten die Mitglieder unentgeltlich. Ebenso steht ihnen die Benutzung der Ortsvereinsbüchereien frei.
9. Hilfe in besonderen Notfällen durch die Ortsvereine.
10. Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen nach besonderer Beitragsleistung.

Diese Unterstützungen werden nicht gegeneinander aufgerechnet. Weibliche Mitglieder, sowie Lehrlinge und jugendliche Arbeiter bis zu 17 Jahren zahlen nur 25 Pfg. Beitrag pro Woche, wofür sie die Hälfte der vorgenannten Unterstützungssätze erhalten.

Der Gewerkverein ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral.

Kollegen und Kolleginnen!

Wer im Leben vorwärts kommen will, muß organisiert sein. Wer mithelfen will, die Arbeiterlage zu verbessern, der melde sich und trete dem Gewerkverein bei.

Der Sitz des Gewerkvereins ist in Berlin NO. 55, Greifswalderstraße 221/23.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: F. Barnholt, Ulm a. D., Reithardtstraße 14, Telefon 1442. Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.